

## **Änderungsantrag zum Antrag A1: Entwurf des Landtagswahlprogramms**

### **Antragsteller/innen:**

Kerstin Kaiser, Renate Harcke, Christiane Weidner, Astrit Rabinowitsch, René Wilke, Helmut Scholz, Moritz Kirchner, Andreas Bernig

### **Die Zeilen 65 - 66 werden wie folgt gefasst:**

„Brandenburg ist eine Land europäische Region im Wandel - vor allem deswegen, weil die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.“

### **Die Zeilen 186 - 187 werden wie folgt gefasst:**

„Wirtschaftspolitik in Brandenburg kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch Strukturpolitik ist – wenn sie Impulse für alle Regionen setzt und krasse Disparitäten verhindert. Hierfür ist auch auf europäischer Ebene eine koordinierte und demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik und ebenso eine strikte Finanzmarktkontrolle notwendig.“

### **Nach Zeile 586 wird folgender Passus eingefügt:**

wollen, dass in Brandenburg vor diesem Hintergrund die Bildung für nachhaltige Entwicklung verstärkt und ein kritisches Bewusstsein zur Kolonialgeschichte gefördert wird. Im Land und insbesondere in den Schulen muss eine breite europäische Werte- und Kulturerziehung etabliert werden, mit deren Hilfe europäische Identität gestärkt und die Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit gefördert wird. Der Erwerb von Fremdsprachen, darunter der Nachbarsprache Polnisch, muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.

### **Die Zeilen 1464 bis 1468 werden wie folgt gefasst:**

„Mit der ~~Dringend erforderlich ist die~~ Neufassung des deutsch-polnischen Polizeiabkommens ~~wurden in diesem Jahr aus dem Jahr 2002. Es müssen~~ die rechtlichen Grundlagen für das gemeinsame Handeln weiter verbessert und die Möglichkeiten von grenzüberschreitenden Einsätzen erleichtert werden. ~~Gleichzeitig ist es unverzichtbar, grenzüberschreitende Präsenz- und gemeinsame Ermittlungsgruppen auszubauen. So können Justiz und Polizei beider Länder, unmittelbar an demselben Verfahren arbeiten. In Zukunft kann auf dieser Grundlage die Zusammenarbeit mit Berliner und polnischen Einsatz- und Ermittlungskräften sowie der Bundespolizei und den benachbarten Bundesländern verstärkt und grenzüberschreitende gemeinsame Streifen und gemeinsame operative Ermittlungsgruppen ausgebaut werden.~~“

### **Nach Zeile 1538 wird folgender Passus eingefügt:**

„Ganz in diesem Sinne wollen wir verstärkt Kommunen zu entwicklungspolitischen Initiativen, wie zum Beispiel Kommunalpartnerschaften oder Fair-Trade-Aktionen, ermutigen.“

### **Zeile 1722 bis 1729 werden wie folgt gefasst:**

„Jetzt rückt ein nächster Schritt auf die Tagesordnung: eine breite öffentliche polnisch-deutsche Debatte über die **Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße** in den nächsten zehn bis 20 Jahren. Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung der Energiepolitik, für

eine stärkere Abstimmung im Bereich des Hochwasser-, Brand- und Katastrophenschutzes, den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie in der Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision. Die Erarbeitung dieser Entwicklungslinien sollte eingebunden werden in eine Polen-Strategie für das Land Brandenburg.“

#### **Die Zeilen 1773 bis 1777 werden wie folgt gefasst:**

„DIE LINKE steht für eine aktive **Europa-Politik**. Die EU ist für uns eine wichtige politische Handlungsebene – und ein alle Ressorts betreffendes Querschnittsthema, dem in der Politik wie in der Verwaltung ein größerer Stellenwert zuzumessen ist. Wir wollen, dass Brandenburg, seine Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger ihre Positionen, Interessen, Probleme und Ideen in die Brüsseler und Straßburger Foren einbringen. Im Landtag wie in der Landesverwaltung ist die Stärkung europapolitischer Kompetenzen Voraussetzung dafür, dass die Brandenburger Sichten auf die europäische Integration und die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche viel stärker in die EU-Gesetzgebung eingebracht werden können. In diesem Kontext ist auch die im April 2014 verabschiedete **Internationalisierungsstrategie** zu sehen, die Brandenburg – u.a. durch Stärkung der Handlungsfähigkeit in internationalen Arbeitszusammenhängen, die Koordinierung der Außenkontakte sowie den Ausbau der geographischen Kooperationsräume – international attraktiver, aktions- und wettbewerbsfähiger machen sowie zu noch größerer Weltoffenheit und Toleranz im Land beitragen soll. Als wichtigen Baustein der Strategieumsetzung betrachten wir dabei die Arbeit der Brandenburger **Partnerschaftsbeauftragten** in Polen und Rumänien sowie des von uns 2012 initiierten Verbindungsbüros des Landes in Szczecin.

#### **Nach Zeile 1790 wird folgender Passus eingefügt:**

„In diesem Zusammenhang wird sich DIE LINKE weiter vehement dafür einsetzen, dass die **Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA)** gestoppt werden. Die Gefahr ist groß, dass die Abkommen weitreichende und irreversible Folgen für die EU, ihre Mitgliedstaaten, die Bundesländer (Regionen) und die Kommunen haben wird: nicht nur für das Wettbewerbs- und Unternehmensrecht in der EU, sondern vor allem auch für Bereiche wie das Sozial- und Arbeitsrecht, den Verbraucherschutz oder den Schutz von Natur und Umwelt sowie den Schutz der persönlichen Daten. Die Daseinsvorsorge und die Dienstleistungen von öffentlichem Interesse sowie der Kulturbereich dürfen nicht Bestandteil der Verhandlungen sein. Die gegenseitige Anerkennung bestehender Regeln und die Angleichung künftiger Gesetzgebung ohne klare Festlegung, wie die unterschiedlichen, oftmals nicht kompatiblen Regelsetzungen der EU und der USA unter Einhaltung demokratischer Festlegungs- und Kontrollmöglichkeiten denn umgesetzt werden sollen, birgt erhebliche Risiken. Die Entscheidungs-, Organisations- und Selbstverwaltungshoheit der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, Länder (Regionen) sowie Kommunen werden in erheblicher Weise eingeschränkt: durch neu geschaffene Sondergerichte, die Staaten auf Schadensersatz verklagen können, wenn Gesetze potentiell zu unternehmerischen Gewinneinbußen führen könnten und auch durch einen Regulierungsrat, der demokratisch entstandene Gesetze korrigieren oder verhindern könnte, wenn diese den freien Handel erschweren.

#### **Zeilen 1791 - 1795 werden wie folgt gefasst:**

Die EU darf nicht nur eine Wirtschaftsunion sein, an die erste Stelle muss die soziale Dimension rücken. Die Brandenburger LINKE war maßgeblich daran beteiligt, dass das Soziale Europa 2014 auf die Agenda der Europaministerkonferenz zum allerersten Mal rückte und die Forderung formuliert wurde, bei der Gestaltung sämtlicher EU-Politiken deren soziale Aspekte zu berücksichtigen. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir halten an diesem Anliegen fest und fordern weitere Schritte wie die Einführung eines europaweiten, landesspezifischen Mindestlohnes und neben der Wirtschafts- und Handelsunion eine Sozialunion.“

**Nach Zeile 1795 wird folgender Passus eingefügt:**

„Gemeinsam mit anderen linken Kräften stehen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in Europa. Unser politisches Ziel ist eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union.

**Die Brandenburger Landespolitik kann und muss ihren Beitrag dazu leisten, dass unsere Alternativen weiter in der europäischen Diskussion sind!"**